

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 4, 22. Februar 2001

A 13861

rechts

Einblicke

Das Trauma

Von Heiner Lichtenstein

Etwa 110 Milliarden Mark wird die Bundesrepublik an „Entschädigungen“ (ein zynisches, aber schwer ersetzbares Wort) bezahlt haben, wenn die deutsche Wirtschaft endlich ihren Fünf-Milliarden-DM-Anteil an den Fonds für ehemalige Zwangsarbeiter überwiesen haben wird. Wenn so gewaltige Summen rund um den Globus gehen, kann nicht ausbleiben, dass Schieber, Betrüger und Profiteure sich zu Lasten der Opfer bereichern. Eine Untersuchung dieses Kapitels jüngster Geschichte steht aus. Auch das Buch „Holocaust-Industrie“ des amerikanischen Autors Norman Finkelstein führt nicht weiter. Er behauptet, „Entschädigungs“-Leistungen seien missbraucht worden, in falsche Hände geraten, den Berechtigten gestohlen worden - und zwar vorwiegend von jüdischen Organisationen. Beweise liefert er nicht. Statt dessen legt er einen trivialen, enttäuschenden Essay vor, der kaum etwas zur Aufklärung beiträgt.

Dass es dennoch auch für jüdische Forscher möglich ist, sich wissenschaftlich mit dem Holocaust auseinander zu setzen, hat zur selben Zeit in der Bundesrepublik Peter Novick mit seinem Buch „Nach dem Holocaust - Der Umgang mit dem Massenmord“ bewiesen. Auch Novick verschweigt nicht den teilweise instrumentalisierten Missbrauch des Völkermordes besonders in den USA, aber er verzichtet auf billige Polemik und zeigt, wie es anders gemacht werden könnte.

Finkelstein leidet unter dem Holocaust, dem seine Eltern nur knapp entronnen und mit einer beschämenden „Entschädigung“ abgespeist worden sind. Ihm hat ein Trauma die Feder geführt. Auch bei uns im Land der Täter stehen viele Ältere unter dem Trauma, Deutsche zu sein. Das steht einem unvoreingenommenen Umgang mit solchen Problemen im Wege. Es sollte uns aber nicht daran hindern, angemessen Kritik zu üben - auch an jüdischen, traumatisierten Autoren. Finkelstein habe, so der Berliner Historiker Wolfgang Benz, eine „Fallstudie für Psychotherapeuten“ verfasst. Ich füge hinzu: Er ist nun selbst Teil der Holocaust-Industrie.

Terroristische Aktionen

Rechtsextremisten bedrohen die Jüdische Gemeinde in Potsdam

Seite 2 ■

Netz an Fluchthelfern

Bundesdeutsche und niederländische Neonazis sind eng miteinander liiert. Ein geflohener Gewalttäter aus ihren Reihen wurde gezielt weitergeleitet. Seite 3 ■

Der „Mann für's Grobe“

NPD-Funktionär wegen Überfalls zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Seite 6 ■

Juden und die Mafia

Ein US-amerikanischer Rassist stößt mit seinem offenen Antisemitismus in Russland auf fruchtbaren Boden.

Seite 7 ■

Die unbesungen Helden

Für die Personen, die in der NS-Zeit Verfolgten geholfen haben, steht eine verdiente Würdigung noch aus.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Terror-Strukturen**

Die „Nationale Bewegung“ macht in der Region Potsdam mit Anschlägen und Aktionen von sich reden. Jüdische Gemeindeglieder fühlen sich bedroht.

Seit Mitte Januar ist in Potsdam eine 18köpfige Sonderkommission der Polizei auf der Suche nach der rechtsextremistischen „Nationalen Bewegung“. Nach dem Brandanschlag auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs der brandenburgischen Landeshauptstadt am 8. Januar hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen gegen die Gruppierung an sich gezogen. Dort will man sich zu dem Thema nicht äußern, „aus ermittlungstaktischen Gründen“. Bei den Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Brandenburg wächst unterdessen die Verunsicherung. Denn trotz erhöhtem Fahndungsdruck macht die „Bewegung“ weiter. Am 30. Januar ging im Büro von Brandenburgs Ausländerbeauftragter Altmuth Berger eine Drohung gegen eine von der Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete öffentliche Lesung aus „Mein Kampf“ mit dem deutsch-türkischen Schauspieler Serdar Somuncu zum Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung ein. Im Theaterhaus werde „das Blut derer fließen“, die die Lesung besuchen wollten, drohte die „Nationale Bewegung“. Die Lesung fand trotzdem statt - wenn auch unter Polizeischutz. Wenige Wochen zuvor hatten die Rechtsextremisten ein Schweinefleisch-Paket und ein Schreiben mit Drohungen an die Jüdische Gemeinde in Potsdam geschickt.

Wie auch in anderen Bundesländern geht in Brandenburg die Mehrzahl der rassistischen Angriffe auf das Konto lokaler rechtsextremer Skinheadgruppen. Die Begriffe „organisiert“ beziehungsweise „unorganisiert“ charakterisieren das Vorgehen der rechten Schläger nur unzureichend: Wenn sich Gruppen von Rechten zu Hetzjagden auf Linke und Migrantinnen und Migranten - wie beispielsweise in Guben und Wriezen - verabreden, setzt das eine Organisation und Planung voraus. Und wenn seit Jahren bekannte Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen Nationalistischen Front, Blood & Honour und der NPD sich zu regional und überregional vernetzten Strukturen wie den „Nationalrevolutionären Zellen“ zusammenfinden, handelt es sich auch hier um einen klar umrissenen Organisationsansatz.

Insofern stellt die „Nationale Bewegung“ keine Ausnahme dar. Ihre ideologische Ausrichtung deckt sich mit dem Mainstream der deutschen Neonaziszene, deren extremer Antisemitismus und Rassismus sowie verstärkte Bezugnahme auf das NS-Regime sich in sämtlichen Publikationen der letzten zwei Jahre widerspiegelt. Ein Rückblick auf die der „Nationalen Bewegung“ zugerechneten Anschläge und Aktionen macht dies deutlich:

Am 30. Januar vergangenen Jahres, dem Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme, wurde eine Horst Wessel gewidmete Hakenkreuztafel an der Autobahn 115 befestigt. Auch der nächste Anschlag der „Bewegung“ bezog sich auf Horst Wessel: Am 23. Februar, dem 70. Todestag des SA-Mannes, wurde der Jüdische Friedhof in Potsdam geschändet. Die Täter hatten zwischen zwei Gräbern ein mit einem Hakenkreuz versehenes Holzkreuz aufgestellt und ein entsprechendes Bekenner schreiben hinterlassen. Am 22. März wurde an einer Havelbrücke eine Hakenkreuzfahne befestigt, um an den Jahrestag der Eröffnung des Reichstages durch Hitler zu erinnern. Die nächste Aktion der „Nationalen Bewegung“ war dann am 21. April Hitlers Geburtstag gewidmet: „Zum Geburtstag wünschen wir, die Patrioten, Dir, lieber Adolf, alles Gute“ hieß es in dem Schreiben, das neben einem Hakenkreuzbanner an einem Baugerüst in Potsdam gefunden wurde. In der gleichen Nacht wurde an der Bundesstraße 273 ein Transparent mit „Sieg Heil mein Führer“ angebracht. Am 5. Mai traf es das Mahnmal für über 1 000 ermordete sowjetische Zwangsarbeiter auf dem Waldfriedhof Güterfelde bei Potsdam. Die Täter hatten ein Hakenkreuz aus Sperrholz aufgebaut und in einem Bekennerbrief erklärt: „Zur Erinnerung an unsere gefallenen deutschen Kameraden im 2. Befreiungskrieg (...) wollen wir, die nationale Bewegung, ein Zeichen setzen“ und an „die tapferen Soldaten des Reiches erinnern“. Am 1. September, dem Jahrestag des Überfalls auf Polen, wurde das sowjetische Ehrenmal in Mahlow unter Bezugnahme auf die „für das deutsche Volk Gefallenen“ geschändet.

Zum 50. Jahrestag der Gründung des Zentralrats der Juden in Deutschland am 21. September meldete sich die „Nationale Bewegung“ dann erneut in der Öffentlichkeit: Mit einem antisemitischen Transparent „Potsdam ohne Juden“ und SS-Runen an der „Villa Grenzenlos“ mitten in der Potsdamer Innenstadt, in der alternative Projekte und die Jüdische Volkshochschule Veranstaltungen organisieren. In der gleichen Nacht brannte im nahe gelegenen

Stahnsdorf ein türkischer Imbisswagen durch einen Brandsatz vollständig aus. Am Tatort fand die Polizei auch ein verkohltes Bekennerschreiben der „Nationalen Bewegung“. Ein weiterer Anschlag richtete sich am 28. Dezember in Trebbin südlich von Potsdam ebenfalls gegen einen Döner-Imbiss.

Nach den jüngsten Drohungen der „Bewegung“ wurde der Polizeischutz für jüdische Einrichtungen im Land verstärkt. Während die Ermittler im Dunkeln tappen, spekulierte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm öffentlich über eine „Einzelperson oder Kleinstgruppe“ im Stil der „Antimperialistischen Zellen“. Und mit präventiven Durchsuchungsmaßnahmen wie am 7. Februar in Potsdam und Teltow-Fläming bei 19 rechtsextremen Skinheads versucht das Innenministerium, Aktivismus gegen Rechts zu demonstrieren. Zu spät, wie Kritiker meinen

„Die 'Nationale Bewegung' ist der terroristische Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung,“ meint Ulli Jensch vom Antifaschistischen Pressearchiv in Berlin. Die Gruppierung könne in der gesamten Region Potsdam auf seit Jahren gewachsene rechts-extreme Strukturen und ein großes subkulturelles Umfeld zurückgreifen, dessen Existenz in der Öffentlichkeit lange Zeit ignoriert wurde. Zu den Exportschlagnern der neonazistischen Szene Potsdams gehört beispielsweise die Naziskinband „Proissenheads“, die bis Anfang 1998 in einem städtisch geförderten Jugendclub ihre Proberäume hatte und bei Konzerten der verbotenen Gruppierung Blood & Honour im gesamten Bundesgebiet auftritt. Das Markenzeichen der „Proissenheads“-Texte sind extremer Antisemitismus, NS-Verherrlichung und gezielte Aufrufe zu Gewalt gegen politische Gegner.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl offiziell registrierter rechtsextremer Straftaten in Brandenburg um 26,7 Prozent auf 365. Darunter fielen 71 fremdenfeindliche Gewalttaten und 34 antisemitische Straftaten. Hier ist die Aufklärungsquote mit nur 38 Prozent am niedrigsten. „Die Unsicherheit der Gemeindemitglieder wächst mit jeder neuen Drohung weiter,“ sagt Bernd Jansa, Verwaltungsleiter der Jüdischen Gemeinde in Brandenburg. Deren 800 Mitglieder sind mehrheitlich Zuwanderer aus den GUS-Staaten, die ohnehin mit Integrations-schwierigkeiten, Arbeitsplatzsuche und Existenzsicherung zu kämpfen hätten. „Der antisemitische Hass und die Akririe, mit der die Nationale Bewegung vorgeht,“ steigere die Verunsicherung unter den Zuwanderern, so Jansa. *Heike Kleffner*

Aktivitäten

Fluchthilfe-Netzwerk

Bundesdeutsche und niederländische Neonazis sind eng miteinander verwoben. Der geflohene Schulte konnte so auf zahlreiche Unterstützer zurückgreifen.

Nach dreiwöchiger Flucht wurde der Neonazi Christoph Schulte am Abend des 2. Februar in Spijkenisse bei Rotterdam festgenommen. Er soll am 13. Januar in München einen Griechen beinahe totgeprügelt haben.

Obwohl erst 19 Jahre alt, gehört Schulte bereits zum erweiterten Kreis des Kaderstamms der „Freien Kameradschaften“ in Nordrhein-Westfalen. Auch für die NPD ist er aktiv, was durch seine Kommunalwahlkandidatur 1999 im Märkischen Kreis belegt ist. Er gehört dem von Lüdenscheid aus agierenden Kreis um die ehemaligen Betreiber des stillgelegten Donner-Versands an, der heute den von Stephan Haase und Axel Schoppmann geführten NPD-Ortsverband Lüdenscheid bildet. Eng verzahnt ist dieser Kreis mit dem Nationalen Widerstand Hagen/Lüdenscheid um den Hagener Ronald Guziewski. Gute Kontakte pflegt Schulte zudem zur Sauerländer Aktionsfront (SAF), zur Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten, zur Kameradschaft Dortmund um Siegfried Borchardt und Michael Krick sowie zur niederländischen Nederlandse Volks-Unie (NVU). Der als brutaler Schläger bekannte Schulte tritt seit dem letzten Jahr als Ordner auf Demonstrationen der „Freien“ auf. Bei den Aufmärschen am 21. Oktober in Dortmund und am 9. Dezember 2000 in Köln war er in dem Organisatorenteam um den Anmelder Christian Worch aus Hamburg dabei.

Eine der Kontaktpersonen zwischen den nordrhein-westfälischen und bayrischen Neonazis ist der aus Geldern stammende Norman Bordin, heute „Kameradschaftsführer“ des bayrischen „Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing“. Bordin baute 1997 in Velbert das „Nationale Forum Niederberg“ (NFN) auf, aus dessen Reihen drei der Täter stammen, die am 23. September 2000 einen Brandanschlag auf ein Wuppertaler Flüchtlingswohnheim verübten und sich deswegen zur Zeit wegen 36-fachen Mordversuchs vor dem Wuppertaler Landgericht zu verantworten haben. Nach Streitigkeiten um die Kameradschaftsführung brach Bordin An-

fang 1999 seine Zelte in Velbert ab, zog zurück in seine Heimatstadt Geldern und anschließend nach Freilassing, wo kurze Zeit danach das „Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing“ in Erscheinung trat.

„Die rechte Szene ist europaweit verwoben, das ist das Interessante an dem Fall“, teilte die Münchner Kripo nach Schultes Festnahme mit. Man sei auf ein „internationales Netzwerk von Fluchthelfern“ gestoßen. Von München aus ins sauerländische Plettenberg habe ihn der Lüdenscheider Marc M. gefahren. Dort habe er sich einige Tage versteckt gehalten. Anschließend habe ihn Carsten K. nach Arnheim gebracht. Bei K. handelt es sich um Carsten Köppe, „Kameradschaftsführer“ der Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten, der im vergangenen Jahr wegen Körperverletzung an einem Aussiedler und Verbreitung indizierter CDs zu einer 18-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden war. Eine Hausdurchsuchung in Dreumel bei Arnheim verlief jedoch erfolglos, Schulte war bereits in die Nähe von Rotterdam weitergeleitet worden. Als er dann doch festgenommen werden konnte, war er gerade auf dem Weg ins belgische Antwerpen. Noch am selben Abend wurden neun deutsche Fluchthelfer festgenommen, gegen Köppe und Marc M. erging Haftbefehl.

■ Endstation Rotterdam ■

Schultes Fluchtroute und internationale Kontakte verwundern keineswegs. Seit Jahren sind auf nahezu jeder Neonazi-Demonstration in der Bundesrepublik niederländische und auch belgische Neonazis anzutreffen. Besonders gute Kontakte pflegen die nordrhein-westfälischen „Freien Kameraden“ zur Nederlandse Volks-Unie (NVU) um Constant Kusters, in die in den letzten Jahren auch die von Eite Homan geführte Aktiefrente Nationale Sozialisten (ANS), dem 1984 vom Martijn Freling und Cees Ladestein gegründeten niederländischen Ableger der 1983 in Deutschland verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA), aufgegangen ist. Homan, der über sehr gute internationale Kontakte verfügt, ist heute neben Kusters die zweite wichtige Figur in der Partei. Spätestens seit dem Verbot der FAP Anfang 1995 geben sich deutsche Neonazis in den Niederlanden die Klinke in die Hand. Federführend bei der Kooperation mit der NVU betätigten sich ab 1995 die SAF-Kader Andree Zimmermann und Thomas Kubiak, die allerdings Ende 1997 bei ei-

nem schweren Autounfall ums Leben kamen. Ihre Rolle übernahm ab 1999 Michael Krick. Regelmäßig finden gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen in den Niederlanden statt, so zum Beispiel in den letzten drei Jahren „Rudolf-Hess-Gedenkmärsche“. Auch dass Schultes erste Station in den Niederlanden Arnheim hieß, dürfte kein Zufall sein, da in Arnheim Constant Kusters lebt und die Stadt häufiger Anlaufpunkt deutscher Neonazis ist. Aus dem Arnheimer Vorort Westervoort stammt zudem der NVU-Aktivist Chris Smit, der ebenso wie Schulte auf Demonstrationen der „Freien Kameradschaften“ im Ordnerdienst tätig ist und seit Jahren gute Kontakte in den Märkischen Kreis und in den Raum Dortmund/Witten pflegt.

Keine 24 Stunden nach Schultes Festnahme reisten deutsche Neonazis erneut in die Niederlande. 26 Niederländer und Deutsche wurden im grenznahen Kerkrade festgenommen. Geplant war eine Spondemonstration anlässlich der im Jahr 2002 anstehenden Kommunalwahlen, zu denen die NVU auch in Kerkrade antreten wird. Unter den Festgenommenen befanden sich neben Kusters und Homan Siegfried Borchardt und Christian Malcoci aus Jüchen. Letzterer zählt zu den bundesweit wichtigsten Kadern der „Freien Kameradschaften“. Der gebürtige Rumäne war einer der federführenden Figuren in der ANS/NA und in der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Er organisierte schon Ende der Achtziger gemeinsam mit Freling Aktionen in den Niederlanden. Von der NVU wurde Malcoci im letzten Jahr als Spitzenkandidat für die anstehenden Kommunalwahlen in Kerkrade nominiert, eine Propagandastrategie, die auf einen Aufschrei in den niederländischen Medien setzt und den Bekanntheitsgrad der NVU erhöhen soll. Bereits bei den letzten Kommunalwahlen 1998 initiierte Freling die Kandidatur von zwei Deutschen für die Partei CP'86 in Kerkrade. Aufgestellt wurden Maria Luise Malcoci, Ex-Ehefrau von Christian Malcoci, sowie Andree Zimmermann, der allerdings dann vorher tödlich verunglückte.

Nach der gescheiterten Aktion am 3. Februar wurden die deutschen Neonazis Eigenangaben zufolge mit einem einjährigen Einreiseverbot in die Niederlande und einer Geldstrafe in Höhe von 500 Gulden belegt. Der Zusammenarbeit zwischen niederländischen und deutschen Neonazis scheint diese Maßnahme jedoch keinen Abbruch tun. Einen Tag später hielt sich Michael Krick bereits wieder in Rotterdam auf.

Pierre Briegert

Aktivitäten

In Erzwingungshaft

Der Gründer der Aktionsfront Nationalrevolutionärer Kameraden sitzt im Gefängnis

Im Raum Karlsruhe nennen sie ihn alle nur noch „Messer-Manni“, die Rechten, die Linken und sogar die Justiz. „Messer-Manni“ ist Manfred Huck, 36 Jahre alt und Anfang der 90er Jahre Hyperaktivist in der süddeutschen Neonazi-Szene. Den Namen hat er sich im Mai vergangenen Jahres erkämpft. In der Karlsruher Innenstadt hatte eine Gruppe auf der Straße ein Theaterstück gegen rechte Gewalt aufgeführt. Huck rückte mit „Fred-Perry“-Hemd und weiß geschnürten Springerstiefeln an und provozierte einen Streit. Dabei soll er mit einem Messer auf mehrere Besucher eingestochen haben. Die Polizei musste den aufgebrachten Neonazi zwar mit vorgehaltener Waffe festnehmen, glaubte später aber Hucks Aussagen. Der sah sich natürlich als Opfer von gewalttätigen Linken. Die Karlsruher Polizei, ohnehin nicht gerade berühmt für ihre Erfolge im Kampf gegen den Rechtsextremismus, dachte dann auch gar nicht erst an einen Haftbefehl. Wie so oft in den vergangenen zehn Jahren, war der Neonazi wieder davongekommen.

Tatsächlich kommt der militante Neonazi ursprünglich aus der linken Szene. So hatte er noch im Jahr 1991 die Christopher-Street-Day-Demo in Heidelberg mitorganisiert und Berichte für ein Schwulen-Magazin aus Karlsruhe geschrieben. Ein Jahr später gründete Huck die „Nationale Kameradschaft Rhein-Neckar“, aus der später die „Aktionsfront Nationalrevolutionärer Kameraden“ (ANK) wurde. Die Auswirkungen von Hucks Aktivitäten sind noch heute zu spüren. Sein persönlicher Leibwächter war damals der Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl, der heute zu den führenden Köpfen der bundesweiten Skinhead-Szene zählt. Zu den rund 40 Mann der ANK gehörten auch die Nazi-Hools Marco und Timo Grün aus Brühl und der Viernheimer Nationalist Rene-Rodriguez Teufer. Hucks Truppe verteilte Flugblätter und organisierte Aufmärsche. Er selbst führte zwischendurch auch mal einen Angriff von 25 Neonazis auf ein türkisches Lokal im nordbadischen Eppelheim an. Gleichzeitig kümmerte er sich um den Nachwuchs. Sein militantes Szene-Heft „Der

Kampf“ verteilte Huck sogar an Schulen im Rhein-Neckar-Raum.

Parallel zum Aufbau der ANK im Rhein-Neckar-Raum träumte Huck von einer bundesweiten Organisation. Er knüpfte Kontakte zu Neonazis wie Christian Worch und Michael Petri. Auf dem Grundstück der Müllers in Mainz-Gonsenheim war er Dauergast. Nach dem Verbot der Deutschen Alternative 1992 wechselte dann auch ein Teil der DA-Mitglieder zu Hucks ANK. Sogar das Bundeskriminalamt war damals hinter ihm her.

Doch als er im Juni 1993 bei einem Kameradschaftsabend in Mainz offenbarte, dass er mit Michael Kühnen nicht nur ideologische Gemeinsamkeiten hat, machte die rechte Karriere einen Knick. Wenige Monate nach dem sexuellen Outing zog sich Huck zurück. Erst 1998 tauchte er wieder in Karlsruhe auf. Eine Führungsrolle wie Anfang der 90er-Jahre konnte er aber nicht mehr einnehmen. Auch im Kreis der Karlsruher Kameradschaft wurde der cholerische Selbstdarsteller eher belächelt.

Trotz aller Aktivitäten verbrachte Huck immer nur ein paar Tage in Haft. Doch seit Anfang Januar sitzt er nun im Gefängnis, kurioserweise in Erzwingungshaft. Anfang September 2000 soll eine rechte Gang in Karlsruhe nach einer Schlägerei in die Wohnung von Huck geflüchtet sein. Die Staatsanwaltschaft kennt nur einen Teil der Schläger. Von Huck wollten die Beamten die Namen der Besucher wissen, doch der hüllt sich trotz Erzwingungshaft bis heute in eisernes Schweigen. Wenn er Anfang April wieder auf freien Fuß kommt, könnte „Messer-Manni“ dann neuer Ärger mit der Justiz drohen. Der Angriff auf das Straßentheater ist noch nicht verhandelt.

Benny Bender

Hinweis

Berlin - „Was tun gegen Rechts!“ lautet das Motto einer Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz, die der Berliner Landesverband der Falken vom 1. bis 4. März für Jugendliche ab 15 Jahren durchführt. Neben den Besuchen der Gedenkstätte in Auschwitz-Birkenau, dem alten jüdischen Viertel und dem Ghetto in Krakau haben die Teilnehmer/innen dabei auch Gelegenheit, mit polnischen Jugendlichen über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu diskutieren.

Anmeldung bis 26. Februar an: SJD-Die Falken, Kl. Hamburger Straße 2, 10115 Berlin, Tel. 030/2805127; e-Mail: Falken-Berlin@DieFalken.org

Aktivitäten**„Mann für's Grobe“**

Wegen Überfalls auf die Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung wurde ein weiterer Täter zu zwei Jahren Haft verurteilt. Seine Kumpanen belasteten ihn schwer.

Nachdem bereits zehn Mittäter verurteilt wurden, musste sich mit dem 24-jährigen NPD-Funktionär Norbert Wölk am 7. und 8. Februar nun ein elfter Rechtsextremist vor dem Wuppertaler Landgericht verantworten. Gemeinsam mit 15 weiteren Personen hatte Wölk, stellvertretender NPD-Kreisvorsitzender Wuppertal/Solingen/Remscheid, am 9. Juli des Vorjahres in Wuppertal eine Kundgebung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) am Mahnmahl der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslager in der Kemna mit Knüppeln, faustgroßen Steinen und CS-Gas angegriffen und hierbei zwei Personen verletzt. Die Aktion war von dem Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten, Thorsten Crämer (26), organisiert und geleitet worden. Crämer, NPD-Landesvorstandsmitglied und Stadtrat in Schwelm, wurde am 9. Januar zu einer 27monatigen Haftstrafe verurteilt, neun weitere Personen erhielten Haftstrafen zwischen sieben und 18 Monaten, von denen fünf zur Bewährung ausgesetzt wurden. Einige der mit Bewährungsstrafen davongekommenen Täter scheint ihre Strafe allerdings nicht sonderlich beeindruckt zu haben. Sowohl der Wuppertaler NPD-Ortsverbandsvorsitzende Maik Hilgert als auch sein Beisitzer Andreas Stahlschmidt marschierten am 10. Februar bereits wieder an der Seite von Christian Worch auf einer Demonstration der Freien Kameradschaften durch Hagen und informierten den Hamburger Neonazi-Führer über den Prozessverlauf. Hilgert fungierte sogar als Demonstrationsordner.

Fünf der als Zeugen vorgeladenen Mittäter machten im abgetrennten Verfahren gegen Wölk von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch, da ihre Urteile aufgrund eingelegter Revision noch nicht rechtskräftig sind. Alle anderen belasteten Wölk schwer. Dieser sei der „Adlatus vom Crämer“, der „Mann für's Grobe“, quasi der „Sturmkommandoführer“ gewesen, während Crämer die Rolle des intellektuellen Kopfes und Organisators einnahm. Wölk habe eine feuerlöschergroße CS-Gas-Kartusche dabei gehabt, die er auch zum Ein-

satz gebracht hätte, und sei beim Angriff ganz vorne dabei gewesen. Wölk selber wollte weder Angaben zu seiner Person, noch zur Sache machen.

Bei der Wahl seines Verteidigers hatte er sich für den Leverkusener Markus Beisicht entschieden. Der ehemalige Republikaner-Funktionär, der später zur Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) wechselte, war von 1989 bis 1994 Mitglied des Kölner Stadtrates und sattelte 1999 auf die Bürgerbewegung Pro Köln e.V. um, einer DLVH-nahen Gruppierung, die 1999 in Köln zu den Kommunalwahlen antrat. Als Entlastungszeuge lud Beisicht den Wuppertaler NPD-Kreisverbandsvorsitzenden Stefan Lux, der zu berichten wusste, dass er Wölk als besonnenen, gewaltfreien und fleißigen Parteikameraden kenne. Es könne sich nur um eine Kurzschlusshandlung gehandelt haben, da auch Wölk ständig von „Autonomen“ bedroht worden sei. Die in Wölks Wohnung zuhauf gefundenen NS-Devotionalien und Waffen seien vermutlich nur „Sammlerstücke“, seine Vorstrafe wegen Verwendung von Kennzeichen verbotener Organisationen und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte einem Alkoholrausch geschuldet. Er selbst könne sich einfach nicht vorstellen, dass sich jemand in der Partei tadellos, privat aber „hochgradig unartig“ verhalten könne. Seine angebliche „Besonnenheit“ stellte Wölk vor Gericht mehrfach unter Beweis. Als der 67-jährige Heinz Wohler, der sich bei dem Angriff im vergangenen Juli mutig zur Wehr gesetzt hatte und sogar einen der Täter festhalten konnte, bei seiner Zeugenaussage anmerkte, dass für ihn „Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ sei, brachte Wölk, der im Prozess demonstrativ eine Kette mit Keltenkreuz-Anhänger trug, ein hasserfülltes „Schaffen Sie den hier weg!“ in Richtung Richterbank hervor. Zuvor war Wohlers Frau vor dem Gerichtssaal von Crämers Mutter angepöbelt und bedroht worden.

In seinem Plädoyer wies Beisicht auf die vielen „Schicksalsschläge“ hin, die seinem Mandanten widerfahren seien. Wohnung und Arbeit habe Wölk verloren und sei zudem massiv von Linken bedroht worden. Sein Mandant sei zwar schuldig im Sinne der Anklage, aber bei der Tat nur „Mitläufer“ gewesen, und deshalb nur mit einer Bewährungsstrafe zu belegen. Letztendlich blieb das Gericht in seinem Urteil mit einer zweijährigen Haftstrafe nur gering unter der von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafe von 28 Monaten. Ebenso wie alle verurteilten Mittäter will auch Wölk gegen das Urteil in Revision gehen.

Rolf Krehle

Ausland

Juden und Mafia

Ex-Klux-Klan-Führer David Duke genießt in Russland hohes Ansehen.

In Moskau ist heute in den Duma-Buchläden auch das neueste Machwerk des US-amerikanischen Rechtsextremisten David Duke mit dem Titel „Die jüdische Frage aus den Augen eines Amerikaners“ erhältlich. Das Vorwort wurde von einem ehemaligen Minister im Kabinett Jelzin verfasst. Mitarbeitern der lokalen Anti-Defamation League (ADL) zufolge, verläuft der Verkauf des Buchs, ein klassisch antisemitisches Traktat, eingebunden in ein aufwendiges schwarzes Cover mit einem seriös dreinblickenden Duke, äußerst flüssig.

David Duke selbst ist jetzt auch eher im russischen Parlament als in den Vereinigten Staaten zu finden. Seit fast zwei Jahren verbringt er mehr und mehr Zeit in einer Moskauer Mietwohnung, von wo aus er Verbindungen zu den zahlreichen rechtsextremen Strömungen im neuen Russland aufnimmt. Duke veranstaltete eine Kundgebung im renommierten Literaturmuseum, gab Autogramme bei der russischen Autorenvereinigung und trifft sich mit Parlamentariern wie dem pensionierten Sowjet-General Albert Makashow, bekannt durch seine antisemitischen Ausfälle.

Boris Mirinow, vormalig Jelzins Presseminister, der die Pressekonferenz der Duke'schen Buchvorstellung organisiert hat, weiß von zahlreichen Anfragen aus anderen russischen Regionen nach Exemplaren zu berichten. Mirinow, der sich selbst als Antisemit bezeichnet, ist Generalsekretär der nationalistisch dominierten russischen Autorenvereinigung sowie Vorsitzender der Union Slavischer Journalisten.

Duke scheint unterdessen seine Geschäfte in den USA zu vernachlässigen. In den 70er-Jahren versuchte er, dem Ku Klux Klan ein seriöses Image zu geben, in den 80er- und 90er-Jahren machte er aber hauptsächlich durch unzählige erfolglose Kandidaturen zu verschiedenen politischen Ämtern von sich reden. Nach wenig erfolgreichen Versuchen, in die Politik seines Heimatstaates Louisiana einzugreifen und sich von seiner Klan-Vergangenheit zu distanzieren, hieß das neueste Projekt des ehemaligen Grand Dragons National Orga-

nization for European American Rights (kurz: NO-FEAR). Am 16. November 2000 durchsuchten Beamten der Steuerbehörde Duke's Wohnung in einem Vorort von New Orleans und beschlagnahmten kistenweise Akten. Zu dieser Zeit war der umtriebige Duke aber schon in Moskau.

Nach Aussagen von Kennern der russischen Szene ist Duke's offener Antisemitismus weniger ein Problem, als der fast vollkommen fehlende gesellschaftliche und politische Widerstand dagegen. Männer wie Duke überschreiten mühelos die Grenze zwischen vulgärem Populismus und antidemokratischem Rechtsextremismus, ohne sich hierfür erklären zu müssen.

Mit der Parole, dass die „weiße Rasse“ vor einer „genetischen Katastrophe“ stehe, versucht David Duke in Russland eine feste Anhängerschaft um sich zu scharen. Er schreibt dem ehemaligen Zarenreich eine zentrale Rolle im Kampf gegen die „Vernichtung der weißen Rasse“ zu: „Russland ist eine weiße Nation!“. Der US-Amerikaner versucht dabei die massiven politischen und gesellschaftlichen Umbrüche des letzten Jahrzehnts in dem nach seinen Worten „homogensten arischen Land nach Island“ für seine Zwecke auszunutzen und bei der extremen Rechten Fuß zu fassen.

In seinem Buch werden Juden nach altbekannter Manier für alle möglichen Übel von der bolschewistischen Revolution bis zur heutigen russischen Mafia verantwortlich gemacht. Lew Krischewsky, Direktor des ADL-Zentrums für Antisemitismus und Extremismus in Russland, beklagt die Ignoranz der Behörden gegenüber dem Ex-Klanführer. In Moskau bekommt Duke die lang ersehnte Anerkennung, die ihm in seinem Heimatland oft verwehrt wurde. Während ihm in den USA trotz liberaler Gesetzgebung immer zivilgesellschaftlich organisierter Widerstand entgegengesetzt und er von mehreren europäischen Ländern mit Einreiseverboten belegt wurde, fühlt er sich der 50-Jähri-ge in Russland als willkommener Gast.

Insgesamt scheint sich Russland zu einer wichtigen Basis des internationalen Rechtsextremismus zu entwickeln. Vor allem russische Provider von Webseiten werden immer populärer bei deutschen Kadern wie zum Beispiel Dennis Entenmann oder von „Radio Wolfsschanze“. Den langjährigen Duke-Freund Manfred Roeder, der vor Jahren mit seinem missionarischen Drang nach Osten scheiterte, wird es freuen.

Thomas Grumke

Ausland**Revisionisten-Treffen**

Im Libanon soll im kommenden Frühjahr ein internationaler Kongress von Holocaust-Leugnern stattfinden.

Bereits zweimal hatte „Vérité et Justice“ (V&J), der Zusammenschluss der Schweizer Holocaust-Leugner, einen internationalen Kongress angekündigt, zuerst für Ende November vergangenen Jahres in der Schweiz, dann für Ende Januar 2001 in einer „außereuropäischen Hauptstadt“. Der dritten Ankündigung scheint nun wirklich eine Veranstaltung zu folgen. In ihrem Februar-Bulletin schreibt „Vérité et Justice“, dass der Kongress „Revisionismus und Zionismus“ vom 31. März bis zum 3. April 2001 in Beirut im Libanon stattfinden werde. Vorgesehen seien etwa 25 Redner aus fünf Kontinenten. Dies berichtet auch der Mitorganisator „Institute for Historical Review“ aus den Vereinigten Staaten, das bis anhin schon über ein Dutzend einschlägige internationale Seminare mit vielen bekannten Exponenten der Szene organisiert hat. Journalisten seien willkommen, schreiben die Veranstalter, müssten jedoch Informationen über ihren Arbeitgeber liefern.

Das V&J-Bulletin nennt auch den Aufenthaltsort von Jürgen Graf, der Anfang Oktober 2000 eine 15monatige Gefängnisstrafe hätte antreten sollen und vorher aus der Schweiz geflohen ist. Entgegen den Behauptungen verschiedener Zeitungen, so das V&J-Bulletin, befände sich der 50-jährige Graf immer noch in Teheran. Der Iran-Korrespondent der Westschweizer Tageszeitung „Le Temps“ hatte - unter Berufung auf iranische Polizeiquellen - im Dezember 2000 berichtet, dass Graf den Iran nach kurzem Aufenthalt Richtung Türkei verlassen habe. Wie dem auch sei: Graf beteilige sich, so das V&J-Bulletin weiter, aktiv an der Organisation des Kongresses. Auch genieße Graf im Iran alle „Freiheiten“.

Die Schweizer Holocaust-Leugner rühmen sich gar neuer Bundesgenossen: Die „Teheran Times“ veröffentliche zur Zeit eine „wichtige“ 16teilige Serie über die „zionistische Verschwörung: die Auschwitzlüge“, wird mitgeteilt. Nicht zum ersten Mal beanspruchen Holocaust-Leugner also, sie genössen die weitgehende Unterstützung islamistischer Stellen.

Graf selber meldet sich auch zu Wort: Im Internet, auf der Wilhelm-Tell-Seite, dem Netzauftritt der Schweizer Holocaust-Leugner, auf der seit Juli 2000 keine neuen Einträge mehr hinzugefügt worden waren. Graf veröffentlichte jetzt Anfang Februar eine biographische Skizze, unter anderem mit der Ankündigung, dass er nicht mehr in die Schweiz zurückkehren werde. Verfasst habe er die Schrift, so Graf im Untertitel, im Januar 2001 „im Exil in Teheran“.

Auch in der Schweiz bleiben „Vérité et Justice“-Exponenten aktiv. V&J-Generalsekretär René-Louis Berclaz, wegen Holocaust-Leugnung rechtskräftig zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt, will noch im Februar eine 32seitige Chronologie über die Schweiz und die nachrichtenlosen jüdischen Vermögen veröffentlichen. Gegen Berclaz läuft bereits wieder ein neues Ermittlungsverfahren, zweimal in den vergangenen Monaten fand in seinem Haus in Châtel-Saint-Denis/Kanton Freiburg eine Hausdurchsuchung statt.

Hans Stutz

Grauzone**Erklärtes Feindbild**

Der Bonner Emeritus Hans-Helmuth Knütter attackiert in der Februar-Ausgabe des unionsnahen „Deutschland-Magazins“ den Verfassungsschutz. In einem Interview mit Bernd Kallina (vormals Pressereferent im Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten) macht sich Knütter die rechtsextreme Auffassung zu eigen, dass der Verfassungsschutz „primär parteipolitische Zwecke erfülle.“ Deshalb würden in den Verfassungsschutzberichten, so Knütter, „Vorkommnisse, die das etablierte Parteienkartell gefährden könnten, nicht erwähnt.“ Laut Knütter gilt das unter anderem für die SPD-Jugendorganisation, einzelne DGB-Gewerkschaften und für „links-extrem ausgerichtete Teile der evangelischen Kirche.“ Knütter selbst tritt im April als Referent bei der von Alt-Nazis gegründeten Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), der größten rechtsextremen kulturpolitischen Organisation, in Erscheinung. Zuletzt traten Knütter und Kallina gemeinsam am 25. Oktober vergangenen Jahres als Referenten bei der rechtslastigen Runde „Berliner Dienstagsgespräch“ auf. Ihr Thema lautete: „Wie die Politik in Deutschland von Geheimdiensten manipuliert wird - Gefahr für Freiheit und Demokratie“.

A.M.

Aktivitäten

Haare gewachsen

Verurteilte Gewalttäter aus dem NPD-Umfeld erklären Ausstieg aus der Szene.

Das Jugendschöffengericht am Amtsgericht der baden-württembergischen Kleinstadt Waiblingen verurteilte am 9. Februar acht Angehörige der rechtsextremen Szene wegen Körperverletzung, Beleidigung und Volksverhetzung zu Bewährungsstrafen. Die drei Hauptbeteiligten, das Ehepaar Bianca (22) und Christian (25) Wolnitza und der 25-jährige Markus Ebmeier wurden jeweils zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Gegen die übrigen Angeklagten, Jochen Holderle (18), Stefan Döring (20) sowie drei Jugendliche, wurde je eine einjährige Jugendstrafe auf Bewährung verhängt.

In der Nacht vom 10. auf den 11. November waren die acht Rechtsextremisten durch das schwäbische Schorndorf gezogen. Ein seit 25 Jahren in Deutschland lebender Grieche wurde ihr Opfer. Zunächst beleidigten und beschimpften sie den 44-jährigen Angestellten unter anderem als „Scheiß-Kanake“ und „Scheiß-Ausländer“, ehe er von einem der Jugendlichen zu Boden geschlagen wurde. Danach traten mehrere Gewalttäter mit Stahlkappen bewehrten Springerstiefeln auf den wehrlos am Boden liegenden Mann ein. Als die Polizei später eintraf, fand sie nur die drei aus dem Raum Göppingen angereisten Mittäter vor. Es wurden lediglich die Personalien aufgenommen, um das Trio danach in Richtung ihres Fahrzeuges zu begleiten. Die fünf Schorndorfer Skinheads jagten einige hundert Meter weiter zwei Punker, die sich gerade auf dem Nachhauseweg befanden. Zunächst wurden Steine in Richtung der beiden „Zecken“ geworfen, danach die beiden Punker bis vor deren Haustüre gehetzt. Vor Gericht blieb allerdings ungeklärt, wer die Steine geworfen hatte. Die drei Hauptbeteiligten wurden nach dem milden Urteil aus der Haft entlassen. Die meisten Angeklagten kündigten bereits während der Verhandlung die Abkehr von der rechtsextremen Szene an. Auf Nachfrage der Staatsanwaltschaft erklärten die zuvor organisierten Rechten, den Ausstieg aus der NPD beziehungsweise dem „Feuersturm Filstal“, einer kurzlebigen lokalen Kleinstorganisation, vollzogen zu haben. Bei einem Großteil der Verurteilten war die Glatze vom vergangenen Jahr einem unauffälligen Haarschnitt gewichen. *Birgit Bauer*

Demokratische Initiativen

Von Auschwitz lernen

Die praktizierte Auseinandersetzung mit dem Holocaust ist für Jugendliche häufig uninteressant. Neue Wege werden gebraucht.

Adolf Burger ist ein resoluter Mann, einer, der seine Geschichte erzählen will, weil er meint, er habe einen Auftrag zu erfüllen. Seit Jahren betritt er die Aulen deutscher Schulen, stellt sich auf die Bühne, hängt hinter sich Bilder, Lagepläne und Landkarten auf und setzt zur Schilderung seines Lebens an. In eindringlichen Worten erzählt der 83-Jährige den Schülern aus einer Zeit, die diese - wenn überhaupt - nur aus Filmen und Büchern kennen. Er erzählt, wie er 1933 in Bratislava als Drucker arbeitete und mit Beginn der klerofaschistischen slowakischen Diktatur begann, gefälschte Geburtsurkunden und christliche Taufbescheinigungen zu drucken - solange, bis er am Vorabend seines 25. Geburtstags im August 1942 verhaftet und in den Viehwaggon verfrachtet wurde. Er erzählt von seiner Arbeit „an der Rampe“ des Vernichtungslagers Auschwitz: wie er eingeteilt wurde, sich um die Koffer derer zu kümmern, die in den Tod geschickt wurden. Und er erzählt den Schülern, dass seines Wissens nur sechs der 1 000 Slowaken, die mit ihm gen Westen geschickt wurden, die Konzentrationslager überlebt haben.

Zwei Stunden dauert der Zeitzeugenbericht im Berliner Max-Taut-Oberstufenzentrum und man würde erwarten, dass die Schüler gebannt an Burgers Lippen hängen. Doch nichts dergleichen: Schon nach zehn Minuten sieht er sich genötigt, mehrere Jungen vor die Tür zu schicken. Und auch den Rest der Zeit kehrt nicht wirklich Ruhe ein: Handys piepen, Tüten rascheln; es wird geflüstert, gegähnt, zuweilen auch gekichert. Was Burger in Berlin erlebt, ist keine Seltenheit: Ob Zeitzeugenauftritte, Gedenkstättenbesuche oder Filmvorführungen - immer wieder berichten Lehrer wie Eltern von frustrierenden Erfahrungen in dem Bemühen, Jugendlichen die NS-Zeit möglichst nachhaltig zu vermitteln.

Seit im vergangenen Sommer verstärkt über Strategien im Kampf gegen rechtes Gedankengut diskutiert wurde, steht auch der Umgang mit dem Holocaust an deutschen Schulen wieder im Zentrum

des Interesses. Erneut machte eine Forsa-Umfrage aus dem Sommer 1998 die Runde, laut der 31 Prozent der befragten Jugendlichen nicht wussten, was Auschwitz ist. 35 Prozent konnten keine Antwort auf die Frage geben, wann der Zweite Weltkrieg zu Ende war. Als erstes Bundesland reagierte kürzlich Brandenburg auf die sich immer drängender stellende Frage, wie es eigentlich mit der schulischen Bildung zu dem Thema bestellt sei und beschloss, die Rahmenpläne zu überarbeiten: sämtliche Schulen sollten dem Bildungsministerium darlegen, was an ihrer Schule dazu geleistet wird; anschließend wird sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage beschäftigen, was in den einzelnen Klassenstufen sinnvoll ist. „Das heißt aber nicht, dass die NS-Zeit bisher an Schulen nicht stattfindet“, so der Sprecher des Potsdamer Bildungsministeriums Martin Gorholt, „natürlich ist das längst für jeden Schüler Pflicht.“ In der Tat: Seit sich Ende der 50er-Jahre erstmals nach dem Ende der NS-Diktatur antisemitische Vorfälle häuften, veröffentlichte die Kultusministerkonferenz immer wieder einmal Empfehlungen zur Behandlung der NS-Zeit im Unterricht. In der jüngsten aus dem Jahre 1991 heißt es unter anderem: „Alle Länder tragen Sorge dafür, dass die Erinnerung an den Holocaust wachgehalten wird“. Die föderalen Rahmenpläne sehen vor allem im Geschichtsunterricht der 9. und 10. Klassen - wenn auch in vielen Bundesländern mit nur 20 Stunden - die Behandlung des Themas vor. Wer die gymnasiale Oberstufe besucht, wird ausführlicher mit dem Nationalsozialismus konfrontiert.

Kaum erforscht ist allerdings die Frage, mithilfe welcher didaktischen Methoden den Schülern der außerordentlichste Bildungsauftrag dieses Jahrhunderts, den Theodor W. Adorno einst als „Erziehung nach Auschwitz“ bezeichnet hatte, vorstatten gehen soll. „Man stochert da noch sehr im Nebel“, konstatiert auch Matthias Heyl, Leiter der bundesweit einmaligen Forschungs- und Arbeitsstelle „Erziehung nach/über Auschwitz“ (FAS) mit Sitz in Hamburg. Die FAS (www.fasena.de) ist seit 1998 mit der Erprobung und Entwicklung von Materialien sowie mit der Fortbildung von Lehrern beschäftigt. Ein Projekt, mit dessen Hilfe die FAS die Forschungslücke schließen will, scheitert bisher an der Finanzierung. Das Konzept für eine Studie, die auf breiter Ebene untersucht, welche Erfahrungen Jugendliche mit und welche Erwartungen sie an die Behandlung des Holocaust im Unterricht haben, liegt bereits vor. Bisher ist Bremen das einzige Bundesland, das seine Unterstützung konkret zugesagt hat.

Nach Ansicht Heyls ist der nicht selten gewählte Ansatz, monothematisch Betroffenheit durch die Darstellung von Opfern zu erzeugen, problematisch: „Oft sind Schüler mit der Erwartungshaltung ‘ihr müsst jetzt betroffen sein’ völlig überfordert“, sagt er. Für pubertierende Jungen sei es außerdem psychologisch schwierig, sich mit Unterlegenen zu identifizieren. Heyl verweist auch darauf, dass die eingeforderte Solidarität mit den so genannten „Opfern“ einer wirklichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Weg stehen könne. Einerseits drohe mit einer simplen Identifizierung immer auch eine Ablenkung einherzugehen, andererseits werde leicht übersehen, dass es im „Dritten Reich“ zwar zahllose Opfer gab - aber noch mehr Täter und Zuschauer. Darzustellen, wo all die Täter und Mitwisser hergekommen seien, sei doch letztlich die entscheidendere Aufgabe, so Heyl.

Lehrkräften steht jetzt immerhin eine breitere Palette an Denkanstößen zur Verfügung: Sowohl das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und das Goethe-Institut als auch die von Steven Spielberg gegründete Shoah Foundation haben schulische Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust auf CD-Rom versammelt und herausgegeben. Auf der CD des Goethe-Instituts „Lernen aus der Geschichte“ sind 50 erfolgreiche Projekte in Schulen und Gedenkstätten aus allen Bundesländern versammelt. Sie demonstrieren, wie Schülergruppen in Gotha das jüdische Leben vor und nach 1933 in ihrer Stadt rekonstruieren; wie Hannoveraner Schüler sich mithilfe eines Planspiels in die Rolle ehemaliger Reichsbahner bei den Deportationen versetzen und vieles mehr. Dazu liefert die CD-Rom in deutscher und englischer Sprache umfangreiche Begleittexte zu deutscher Geschichte, Bildungspolitik sowie ein Adressenverzeichnis. Die von der Shoah Foundation in Zusammenarbeit mit der Hamburger FAS, dem Cornelsen Verlag und Pixelpark entwickelte CD-Rom „Erinnern für Gegenwart und Zukunft“ stellt das Leben zweier jüdischer Zeitzeugen in den Mittelpunkt. Rund um die Interviews mit Irmgard Konrad und Hans Frankenthal, die das Leben im Nationalsozialismus aus ihrer Sicht schildern, bekommen Schüler und Lehrer Hintergrundinformationen zu Antisemitismus, Deportation, sowie über den Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Beide CDs sind so konzipiert, dass sie in jedem Unterricht eingesetzt werden können. Heyl warnt aber vor einer Überfrachtung der Erwartungen: „Eine Immunisierung gegen Rechtsextremismus“, so Heyl, „kann der beste Geschichtsunterricht nicht leisten“. *Jeannette Goddar*

Demokratische Initiativen

Die „stillen Helden“

Menschen, die in der NS-Zeit Juden gerettet haben, verdienen eine Würdigung.

1957 erschien im Berliner arani Verlag das Buch „Unbesungene Helden“, das damals einige Aufmerksamkeit erregte. Kurt Grosmann, der Autor, 1897 in Berlin geboren, 1972 in Florida gestorben, hatte etliche Menschen gefunden, die in der NS-Zeit unter Lebensgefahr Juden versteckt und so gerettet hatten - in Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Italien, Griechenland, Jugoslawien, Polen, Ungarn, Norwegen, Dänemark und der Tschechoslowakei. Der Berliner Jurist war seit 1926 Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte und hatte schon vor der Machtübernahme der Nazis vor Hitler und seinen Leuten gewarnt. Sofort nach dem 30. Januar 1933 floh er in die Tschechoslowakei, später in die USA, wo ihn der Jüdische Weltkongress mit der europäischen Flüchtlingsfrage betraute. Nach der Befreiung reiste er immer wieder nach Europa und stieß dabei auf jene Menschen, die Verfolgten geholfen hatten. So entstand der eingangs erwähnte Titel. Danach kümmerte sich in Europa kaum jemand um diese tapferen Menschen. In der zentralen israelischen Holocaust-Forschungs- und Gedenkstätte „Yad Vashem“ hingegen entstand im August 1953 eine Allee, an deren Rändern für jeden nichtjüdischen Retter ein Baum gepflanzt wurde. Die meisten Bäume ehren inzwischen polnische Retter, an deutsche „Helden“ erinnern immerhin 336. Es könnten bald mehr werden, weil nach ersten Versuchen des Kölner Journalisten Günther B. Ginzel nun gleich zwei Initiativen auf den Plan getreten sind: Bundespräsident Johannes Rau und Wolfgang Benz.

Benz, Direktor des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, hat vor einiger Zeit eine Datenbank eingerichtet, in der er die Namen dieser „stillen Helden“ sammelt. Obwohl er wie die meisten geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen ständig um Geld betteln muss, ist er immerhin auf 2000 Eintragungen gekommen. Eine der Geretteten ist die aus Berlin stammende Schriftstellerin Inge Deutschkron. Ihr bekanntestes Buch heißt „Auch ich trug den gelben Stern“. Später folgte das Bühnenstück „Ab heute heißt Du Sarah“. In beiden Veröffentlichungen erzählt die Berliner Jüdin, wie sie von „stillen Helden“ gerettet worden

ist. Reste ihres ersten Unterschlupfes in der Rosenthaler Straße sind erhalten. Studenten hatten dort eine kleine Gedenkstätte eingerichtet, auf die Walter Homolka aufmerksam geworden ist. Homolka, laut „Süddeutscher Zeitung“ ein „findiger Kopf“, ist hauptberuflich Leiter der Kulturstiftung der Deutschen Bank. Er engagiert sich seit langem für die NS-Opfer. Nun hat er zu einer öffentlichen Diskussion über die Helfer in die Berliner Schaubühne eingeladen, die spannend zu werden verspricht. Dass Inge Deutschkron zugesagt hat, nimmt nicht Wunder. Aber Homolka aus der Chefetage einer der größten Banken der Welt wollte auch hier zu Lande an die Spitze des politischen Establishments und fragte im Bundespräsidialamt an. Reaktion: Das Staatsoberhaupt kommt.

Nun weiß man aus Raus jahrzehntelanger politischer Tätigkeit, dass er sich stets für die Opfer eingesetzt und für die Retter interessiert hat. Am 11. März wird er das in der Berliner Schaubühne öffentlich tun und unter Umständen dem Projekt der Helfer die Dynamik geben, die nötig ist, um der Forschung das nötige Geld zu verschaffen. Die SZ, die kürzlich über die geplante Begegnung Rau/Deutschkron berichtet hat, zitierte den Bundespräsidenten mit den Sätzen: „Wir haben viel zu lange die ‘stillen Helden’ nicht wahrgenommen. Es wird Zeit, dass wir uns an sie erinnern und dass wir sie so würdigen, wie sie es verdienen.“

Dass Benz in seinem Berliner Institut mit der Erforschung der Helden beginnen konnte, ist im Wesentlichen dem Mann zu verdanken, der in diesem Jahr den Leo Baeck-Preis des Zentralrats der Juden erhält: Hans-Jochen Vogel. Der Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V., den er mit anderen gegründet hat, hat schon viele Anstöße und Anregungen gegeben. Roman Herzog hat damals als Bundespräsident Vogels Vorschlag übernommen und die Finanzierung auf den Weg gebracht. Die Geldquellen sind inzwischen versiegt und nun richten sich vieler Hoffnungen auf Johannes Rau.

Wenn es um zeitgeschichtliche Forschung und Augenzeugen geht, wird die Zeit immer knapper. Inge Deutschkron zählt zu den wenigen, die noch aus eigener Erinnerung berichten können. Als Roman Herzog jetzt die Josef Neuberger-Medaille der jüdischen Gemeinde Düsseldorf erhielt, bekannte er, noch nicht zu wissen, ob wir bereits die angemessene Art der Erinnerung gefunden hätten. Das Projekt „Stille Helden“ könnte ein Baustein werden.

Heiner Lichtenstein

Bücherschau**Pädagogisches Feld**

Dem Thema rechte Gewalt wird heute in der politischen Öffentlichkeit breiter Raum eingeräumt. Rechtsextremismus ist aber nicht nur eine Herausforderung von Staat und Gesellschaft, sondern auch pädagogisches Aufgabenfeld. Der von Christoph Butterwegge und Georg Lohmann herausgegebene Band „Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt“ will nicht nur Erkenntnisse über gesellschaftliche Wurzeln, Erscheinungsformen und Agitationsmethoden des Rechtsextremismus vermitteln, sondern enthält darüber hinaus praktisches Material für Unterricht, Schulen und politische Weiterbildung.

Die ersten beiden Kapitel des Buches liefern sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze, stellen gesellschaftliche Hintergründe des Rechtsextremismus dar und versuchen, die Herausforderungen an den Staat und die Gesellschaft offen zu legen. Die beiden letzten Kapitel setzen sich mit den daraus folgenden Konsequenzen für die pädagogische Praxis auseinander.

Christoph Butterwegge sieht in seiner Analyse die Hauptursache des Rechtsextremismus in der verdrängten Geschichte und Vergangenheit. Mit zahlreichen Beispielen untermauert er die These, dass über fast alle Ereignisse, anhand derer gezeigt werden könnte, dass „der Schoß noch fruchtbar“ (Bert Brecht) war, der Mantel des Schweigens gelegt wurde. In dem Kapitel „Entschuldigung für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?“, stellt er verschiedene wissenschaftliche Ansätze vor, unter anderem Heitmeyers Desintegrations- oder Individualisierungsthese, die rechte Jugendliche als „Opfer der Risikogesellschaft“ darstellen und zur wissenschaftlichen „Täterentlastung“ führen könnten. Eine Untersuchung der Universität Trier kam beispielsweise zu dem Ergebnis, dass rechtsstehende Gewalttäter vorwiegend aus ganz „normalen“, keineswegs überdurchschnittlich zerrütteten Familien stammen.

K. Peter Fritzsche stellt in seinem Beitrag „Gewalt zwischen Lust und Frust“ die sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze rechtsextremer Gewalt vor und weist auf die Schwächen der jeweiligen Ansätze hin. So wird in den wissenschaftlichen Theorien entweder Lust oder Frust als Ursache der rechtsextremen Gewalt gesehen. Die gesellschaft-

liche Opfertheorie und die subjektorientierte Defizittheorie führen Gewalt auf Frustrationen zurück. Nach der Überlegenheitstheorie werden Fremde aus dem Bewusstsein der eigenen Überlegenheit heraus bekämpft. Gerade weil sich die rechten Skins vielfach als Opfer der Gesellschaft wahrnehmen, so Fritzsche, inszenieren sie sich im Gestus der Überlegenheit. In der Gruppentheorie wird behauptet, dass der Gruppe eine verstärkende Rolle bei der Entstehung von Gewalt zukommt. Gruppenzugehörigkeit hat aber lediglich eine verstärkende Funktion und ist keine hinreichende Bedingung. Erklärungsansätze für die Triebtheorie liefert bereits Sigmund Freud, mit seinen Ausführungen über einen angeborenen Destruktionstrieb. Die Beeinflussungstheorie geht davon aus, dass viele Probleme erst medial konstruiert, reproduziert und inszeniert werden. Dietmar Fricke stellt in seiner Analyse dar, wie rechtsextreme Positionen wieder salonfähig gemacht werden und spricht von der Renaissance des „Nationalen“, die sich vor allem in „wohlstandschauvinistischen“ Diskursen materialisieren. Als Beispiele führt er Stereotypen an, wie „Das Boot ist voll“, die „Standortdebatte“ und die „Asyldebatte“.

Im zweiten Themenkomplex zeigen anhand der Asyldebatte Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges auf, wie aus Zuwanderern „Fremde“ gemacht werden. In den Medien würden Flüchtlinge durch eine einseitige Berichterstattung („Negativsyndrom“ - Nur böse Ausländer sind eine Nachricht wert) zu „Betrügnern“, „Sozialschmarotzern“ und „Störenfrieden“ gestempelt, die den Wohlstand und das friedliche Zusammenleben in der Bundesrepublik gefährden.

Die beiden letzten Kapitel liefern konkrete Arbeitsmethoden und Hilfestellungen, um mit dem Thema Rechtsextremismus an den Schulen und in der Jugendarbeit umzugehen. Das umfangreiche Material reicht dabei vom „Theater der Unterdrückten“ nach Augusto Boal über Workshops zur Zivilcourage.

Bemerkenswert an dem Buch ist besonders die Analyse der Entstehung eines rechten Klimas in der Gesellschaft durch Medien und Politik. Die „Bausteine für eine eingreifende pädagogische Praxis“ sind das I-Tüpfelchen.

Simone Schmidt

Christoph Butterwegge, Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen 2000 (Leske+Budrich), 304 Seiten, DM 29,80; ISBN 3-8100-2976-9

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Nr. 2/2001:**

Aufmacher des aktuellen Hefts ist das Jubiläum der Gründung Preußens vor 300 Jahren. Der Leitartikel von Karl Richter ist überraschend realistisch und moderat. Er widerspricht „konservativ gestimmten Nostalgikern“, die sich „posthum zu Bannerträgern eines imaginären ‘Preußentums’ erklären“: Um Preußen müsse man nicht trauern, denn seine Zeit sei vorbei. Gleichwohl sei Preußens Kulturleistung unvergessen, der preußische Stil eine überzeitliche deutsche und europäische Daseinsform. Der Rest des Hefts bewegt sich im vertrauten Rahmen. Harald Neubauer versucht den Nachweis, Kabinettsmitglieder hätten fachlich nichts zu bieten. Roland Wuttke setzt das fort, indem er anhand von Rentenreform und BSE-Skandal das Versagen der politischen Eliten vor ihrer Aufgabe beklagt. Letzterer finde seine Fortsetzung in anderen, die Umwelt verseuchenden Eingriffen, nämlich: hochfrequente Mobilfunkwellen und das Scheitern der Integration von Ausländern. Mit süffisanten Auslassungen und dem Vorwurf „getürkter Schmierereien“ soll aufgezeigt werden, Rechts extremismus sei nur ein Vorurteil und eine Selbstvorverurteilung, wie es am Beispiel Sebnitz dargestellt wird. Franz Schönhuber beschwört die „grundlegende Erneuerung“ Deutschlands, die nicht von der Kriegsgeneration oder den umerzogenen Söhnen, sondern nur von den Enkeln kommen könne. Er sei zuversichtlich, dass rechtes Gedankengut längst in die Oberschulen, Universitäten und Köpfe der Offiziere vorgeedrungen sei. Der Stolz auf Leistungen des eigenen Volkes wäre den Menschen verloren gegangen, die sich in eine „Vasallenexistenz“ zu den USA begeben hätten. Die Folge - und da wird Schönhuber deutlich - sei eine Ellbogen-gesellschaft, „die den Erfolg um jeden Preis sucht“. Menschen würden wie Tiere behandelt: die „wachstumsfördernden Spritzen in der Kälbermast“ entsprächen dem sportlichen Doping, die Folge der moralischen Enthemmung stelle Aids dar, als „menschliche Entsprechung zum tierischen BSE“. Die Befürchtungen vor dem Klonen könne er „als Mensch, der im NS-Staat gelebt hat“ nachvollziehen. Die anti-amerikanische Linie wird fortgesetzt in den „Gedanken zur Rolle der USA: Macht vor Moral“ von Professor Hans Fritz Gross. Als Legitimation für den reichlich eingestreuten Antisemitismus hält Norman Finkelstein her. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 5-6/2001:

Die von den 68ern verfolgte „Strategie der Systemüberwindung“ sei erreicht worden, konstatiert JF-Autor Michael Wiesberg. Als Beispiel wird Außenminister Fischer angeführt, der vor dem World Jewish Congress erklärt habe, dass „der Ursprung und das Selbstverständnis der gegenwärtigen deutschen Demokratie ... nur vor dem Holocaust zu verstehen“ sei. Die eigentliche Tragik der K-Gruppen-Bewegung liege darin begründet, dass es den Kadern gelungen sei, heute bis in höchste Staatsämter aufzusteigen, während Andere von ihnen „verheizt und ruiniert“ wurden, lautet der Vorwurf von Werner Olles. Über den „Sieg des linken Zeitgeistes“ lamentiert Andreas Wild. Die SPD sei mit führenden Verlagshäusern verquickt, beherrsche mit „Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften das ... Fernsehen“ (6/01). Dieter Stein beklagt sich über die „Schweigekartelle“, die die dem „politischen Konsenszwang“ unterworfenen Presselandschaft auszeichne, wobei „Grundsatzfragen im Einvernehmen mit einer handlungsunwilligen Politik“ ausgespart würden. Die Postbank habe „im Zuge der ‘Kampf gegen Rechts’-Hysterie das Konto der JF gekündigt und, obwohl die Kündigung zurückgenommen, sich bis heute nicht entschuldigt. Kritisiert wird die „Welt“, die von der „Krankheit der ‘Political Correctness’ befallen zu werden bedroht, den Abdruck des „Appells für die Pressefreiheit“ zugunsten der JF verweigert hat (7/01). Die deutsche Identität vor Zuwanderern schützen will Björn Schumacher. Nicht-EU-Bürger sollten mit ihren „Familien regelmäßig in ihrem Herkunftsland vereinigt werden“ (7/01). (gn)

Hinweis

Görlitz - Mit „Stereotypen und Vorurteilen“ befasst sich eine Tagung, die das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung mit der Evangelischen Akademie in Görlitz durchführt. Zahlreiche Beispiele aus Geschichte und Gegenwart belegen die verheerenden Auswirkungen, die solch schablonenhafte Denkmuster in einer Gesellschaft haben können. Thematisiert werden unter anderem Judenfeindlichkeit - von der Ausgrenzung und Vernichtung in der NS-Zeit bis zur Schändung jüdischer Friedhöfe heute, „Zigeuner“-Bilder, nationale und ethnische Stereotypen, die Situation von Afrodeutschen sowie Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen. Tagungsstätte Kreuzbergbaude in Jauernick-Buschbach bei Görlitz vom 9. bis 11. März. **Anmeldung bis 5. März: Evangelische Akademie, Postfach 300344, 02808 Görlitz, Tel. 03581/744255**

Meldungen**Inland**

■ **Anklam** - Vor dem Vertriebenenendenkmal im mecklenburg-vorpommerschen Anklam haben rund 30 Neonazi-Skins am 13. Februar einen Kranz niedergelegt. Initiator der Aktion war der „Kameradschaftsbund Anklam“ (KBA), mit 60 Mitgliedern eine der größten Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Der KBA verfügt auch über eine Nachwuchsorganisation namens „Hitler-Jugend Anklam“ (HJA), die „Baby-Glatzen“ im Alter von bis zu 14 Jahren rekrutiert.

■ **Bamberg** - Zu einer Geldstrafe von 60 Tagesstrafen à 70 Mark wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilte jüngst das Amtsgericht Bamberg den neonazistischen Skinhead Bernd Peruch. Anlass für das Verfahren waren zwei kleine Hakenkreuze auf dem Titelblatt der Nummer 9 von „Blood & Honour“ (B&H), dem offiziellen Rundbrief der im vergangenen Jahr verbotenen gleichnamigen Skinhead-Organisation. Bei einer Druckerei im Landkreis Bamberg wurden davon 4 500 Exemplare von Peruch in Auftrag gegeben. Offiziellen Angaben zufolge hatte die Blood & Honour Division Deutschland rund 250 Mitglieder. Das Gericht sah außerdem die Verteilung von 14 Exemplaren der inkriminierten Nummer 9 des Skinzines durch Peruch als erwiesen an. Sechs Exemplare der Publikation waren im März vergangenen Jahres in seiner Wohnung sichergestellt worden. Der 26-jährige Peruch war Aktivist von Blood & Honour und Sänger der B&H-Band „Hate Society“. Zudem gilt er als wichtige deutsche Kontaktperson der militanten Organisation Combat 18 aus Großbritannien. Verteidigt wurde der mehrfach vorbestrafte Peruch von Wolfgang Nahrath (40) aus Berlin, ehemaliger Bundesführer der 1994 verbotenen Wiking-Jugend.

■ **Bautzen** - Das schweizerische Vierteljahressheft „Zeitschrift“ (Auflage rund 10 000 Exemplare), das Sprachrohr der antisemitischen Universalen Kirche (UL), ist neuerdings auch im sächsischen Bautzen kontaktierbar. Dort unterhält der esoterisch ausgerichtete „Zeitschrift-Verlag Seiler & Co“ nun eine Postfachadresse sowie Telefon- und Faxanschluss. In Bautzen soll der örtliche Sparkassen-Chef der UL angehören. Anschrift von Herausgeber und Redaktion, dem Ehepaar Ursula und Benjamin Seiler-Spielmann, ist weiterhin im schwei-

zerischen Berneck. Das Ehepaar wurde 1998 in der Bundesrepublik wegen Volksverhetzung und 1999 in der Schweiz wegen Verbreitung rassistischer Propaganda verurteilt. Im Oktober 2000 verbreitete die Universale Kirche eine Proklamation, wonach die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ eine „Tatsache“ seien.

■ **Berlin** - Angaben der Neonazi-Homepage „Stoertebecker“ zufolge hat sich Ende Januar die „Revolutionäre Plattform“ um die Kader Steffen Hupka und Jürgen Gerg in eine „Arbeitsgemeinschaft“ umgewandelt. Als Gegenleistung sollen die Ausschlussverfahren gegen Hupka und Gerg eingestellt worden sein. Die RPF-Rundbriefe werden laut Information von „Stoertebecker“ nun künftig auch über die NPD-Mitgliederzeitung „Deutsche Stimme“ verteilt. Über die aktuelle Situation der NPD urteilt die neonazistische Homepage: „Nichts desto trotz wird der kommende NPD-Bundesparteitag mit großem Interesse erwartet, entscheidet sich doch auf diesem mit Sicherheit, wie man die NPD künftig einzustufen hat, entweder als unter dem Druck der Verhältnisse angepasstes Häuflein von Opportunisten, (...) oder aber als Kampfgemeinschaft von Kameraden, die dem Kampf um die organisatorische Existenz mit Entschlossenheit und gutem Gewissen gegenüberstehen...“

■ **Berlin** - In Neonazi-Kreisen würde heute „mehr als früher“ über den gezielten Einsatz von Gewalt gegen den politischen Gegner diskutiert, lautet die Einschätzung von Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm. Auch seien in jüngster Zeit konkrete Anschläge geplant worden, die verhindert wurden. Die bisher umfangreichste Handlungsanleitung für rechtsterroristische Aktivisten bietet eine „Terror Sektion“ der „Weißen Deutschen Terror Gemeinschaft“ im Internet. Bis ins kleinste Detail wird der Bau von Bomben (darunter Brief- und Brandbomben) sowie Landminen beschrieben. Auch die Herstellung von Gift verrät ein Anonymus namens „ssmanhenry“. Praktische Tips bei der konkreten Umsetzung des Bombenbaus liefert die „Terror Gemeinschaft“ gleich mit. So heißt es beispielsweise: „Schraube die Flasche zu und renn um dein Leben. Du hast etwa 10 - 15 Sekunden bis es 'Boom' macht. Denk daran, dass Glassplitter rumfliegen werden. Also, nichts wie weg!“

■ **Ehningen** - Am 31. Januar wurde erneut eine Hausdurchsuchung bei dem Neonazi-Liedermacher Frank Rennie im baden-württembergischen Ehningen durchgeführt (vgl. BNR 24/00). Als Folge

der Hausdurchsuchung hat Rennie die Anschrift und private Telefonnummer des wegen Volksverhetzung ermittelnden Staatsanwaltes Wolfgang M. öffentlich gemacht. Dieser erhält seit geraumer Zeit unverlangte Warensendungen, die ihm die braune Szene ins Haus schicken lässt.

■ **Frankfurt** - Neonazis wollen für den 1. Mai zu einer bundesweiten „Großdemonstration“ nach Frankfurt am Main mobilisieren. Geplant ist dabei auch eine Kundgebung vor der Europäischen Zentralbank. Als Veranstalter tritt eine „Bürgerinitiative für deutsche Interessen“ auf, vertreten durch Steffen Hupka (noch NPD-Mitglied) und den Hamburger Thomas „Steiner“ Wulff.

■ **Höpfingen** - Im nordbadischen Höpfingen hat das Stuttgarter Landeskriminalamt ein Treffen von süddeutschen Blood & Honour-Aktivistinnen aufgelöst. 22 Männer und vier Frauen wurden vorübergehend festgenommen. Die Grillhütte in dem Dorf an der Grenze zu Bayern war für eine angebliche Jahresabschlussfeier angemietet worden. An dem Treffen haben fast alle führenden Mitglieder der verbotenen Organisation aus Süddeutschland teilgenommen, unter anderem der Ludwigshafener Achim Pfeifer (Leiter der Sektion Baden-Württemberg), Hartwin Kalmus aus Karlsruhe (Stellvertretender Leiter der Sektion Baden-Württemberg) und Bernd Peruch aus Gundelsheim (s.o.). Außerdem reisten Teilnehmer aus Aschaffenburg, Bamberg, Hanau, Saarlouis, Saarbrücken und Düsseldorf zur Veranstaltung an. Das Landeskriminalamt glaubt allerdings nicht, dass die Rechtsextremisten eine Nachfolge-Organisation aufbauen wollten, da keine B&H-Mitglieder aus Nord- und Ostdeutschland an dem Treffen teilgenommen haben.

■ **Karlsruhe** - Gegen Christian Worch ist höchstrichterlich eine Missbrauchgebühr in Höhe von 3 000 Mark verhängt worden. Der führende Neonazi hat seit vergangenem Sommer - teilweise mit Erfolg - sieben Eilanträge beim Bundesverfassungsgericht gestellt. So konnte er beispielsweise die Genehmigung einer Neonazi-Demonstration im vergangenen September in Neumünster in Schleswig-Holstein erstreiten. Für den jüngsten, von Worch angemeldeten Aufmarsch in Hagen, wollte er die zuvor verbotene Parole „Nationaler Widerstand“ genehmigen lassen, was das Gericht als missbräuchliche Inanspruchnahme wertete. In Hagen waren am 10. Februar rund 250 Neonazis aufmarschiert, Redner waren neben Worch Friedhelm Busse und Peter Borchert.

■ **Mannheim** - Am Mannheimer Landgericht wird am 23. Februar gegen die Mitglieder der Mannheimer Musikgruppe „Bosheit“ wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass verhandelt. Gegründet wurde die Band Ende 1998. Einer der ersten Auftritte fand im Saarland im Februar 1999 statt. „Vor allem das Lied ‘8. Mai’ kam besonders gut an.“ Im Oktober des selben Jahres spielte „Bosheit“ in Pfinztal-Berghausen (Kreis Karlsruhe) vor rund 400 Rechtsextremisten im Rahmen einer von der Sektion Baden der inzwischen verbotenen Skinhead-Organisation Blood & Honour durchgeführten Konzertveranstaltung auf. Wenige Tage zuvor hatte eine Razzia gegen die Band in Mannheim-Neckarau stattgefunden. Dabei waren auch volksverhetzende Texte der ehemaligen Band „Tonstörung“ sichergestellt worden. Schlagzeuger von „Bosheit“ war der Mannheimer Skinhead Manuel Jakob, in der rechten Szene der Kurpfalz als „Straßenköter“ bekannt.

■ **Nürnberg** - Die rechtsextreme „Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland“ will am 24. März in der Nürnberger Meistersingerhalle eine „Feierstunde“ abhalten. Anlass ist der 80. Jahrestag der „Volksabstimmung“ im damaligen Oberschlesien am 20. März 1921. In dessen Folge kam es zu Übergriffen gegen die polnische Bevölkerung und zur Erstürmung des Annaberges durch das „Freikorps“. Gegründet wurde die „Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland“, an deren Spitze Rudolf Hüfner aus München steht, ursprünglich als Kampfbund („Freikorps Oberland“) der legendären „Thule-Gesellschaft“ zur Jahreswende 1918/1919. 1921 erfolgte dann die Umbenennung in „Bund Oberland“ und zwei Jahre darauf, am 20. September 1923 vereinigten sich der „Bund Oberland“, der „Bund Reichsflagge“ und die SA der NSDAP zu einem „vaterländischen Kampfbund“, in dessen Vorstandschaft auch Adolf Hitler vertreten war. Mitglied des „Bund Oberland“ und der SA war auch Emil Klein, später Chef der Hitler-Jugend in Bayern, der heute unbeschwert seinen Ruheabend in München genießt. Klein, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP und des so genannten Blutordens, organisierte anlässlich der Reichspogromnacht Erpressungen an jüdischen Bürgern und trieb das jüdische Ehepaar Emil und Elisabeth Kraemer in den Tod.

■ **Solingen** - In der Januar-Ausgabe der „Nachrichten“ der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige ist eine Anzeige des Verlag und Buchvertrieb Seidler aus So-

lingen veröffentlicht. Geworben wird für das Buch „Konservative Reflexionen zur Deutschen Geschichte“ des langjährigen nordrhein-westfälischen NPD-Funktionärs Wolfgang Frenz, bis Januar 1998 Beisitzer im NPD-Bundesvorstand. Schwerpunkte des Machwerks von Frenz, der wegen Volksverhetzung verurteilt ist, „bilden die gegenwärtigen systematischen Versuche der Zerstörung der biologischen und geistigen Grundlagen des deutschen Volkes durch Überfremdung und Umerziehung“ - so eine Rezension in der Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG).

■ **Villingen-Schwenningen** - Jürgen Schützinger, Stadt- und Kreisrat der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) in der Schwarzwaldstadt Villingen-Schwenningen, hat in einem Rundschreiben vom 3. Februar den „Auf- und Ausbau“ seines „Bürgerbüros“ angekündigt. Dieses soll „insbesondere jungen Menschen“ und „volkstreu den Deutschen“ rechtsextreme Propagandamaterialien zur Verfügung stellen. Das Bürgerbüro will eine „Einheit der vernünftigen Rechten“ schaffen. Zur Umsetzung seines Vorhabens bittet Schützinger um Spenden, die auf das Konto der DLVH in Villingen-Schwenningen einzuzahlen sind.

Ausland

■ **Italien (Bozen)** - Eine elfköpfige Skingruppe hat auf der Rückkehr von einem Rechts-Rock-Konzert in der Südtiroler Ortschaft Blumau an der Brenner-Autobahnraststätte Laimburg drei Marokkaner überfallen; eines der Opfer wurde niedergestochen. Die kurz nach der Tat Festgenommenen führten in ihren Autos Propagandamaterial der „Veneto Fronte Skinheads“ mit. Anführer von „Veneto Fronte“ ist Piero Puschiavo aus dem oberitalienischen Vicenza. Angaben der italienischen Presse zufolge unterhalten einige der an dem Überfall beteiligten Skins Kontakte zur NPD. Matteo Apollonio (24) aus Triest soll der Kontaktmann zur NPD gewesen sein.

■ **Österreich (Wien)** - Im Rahmen einer Leni Riefenstahl-Retrospektive zeigte das Wiener Filmuseum jüngst den NS-Propagandafilm „Triumph des Willens“. Unter den Zuschauern befand sich auch der wegen NS-Wiederbetätigung vorbestrafte Gottfried Küssel, ehemals Kühnen-Stellvertreter, Gründer und Anführer der militanten VAPO, der in Begleitung zweier schlagender Verbindungsstudenten erschien. Der 1993 verurteilte Neonazi wurde nach Verbüßung von Zweidrittel seiner Strafe im Sommer

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 04-2001 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

1999 auf freien Fuß gesetzt. Nur wenige Zuschauer verließen unter Protest die Veranstaltung, während, so eine Erklärung der Ökologischen Linken (ÖkoLi), der Großteil des Publikums keine Probleme damit hatte, sich den NSDAP-Parteitagfilm gemeinsam mit Hitler-Verehrern anzusehen.

■ **Ungarn (Budapest)** - Zu Ehren der verbrecherischen Waffen-SS hat die neugegründete National-Freiheitliche Partei Ungarns unter Führung von Gyorgy Kemal Ekrem am 13. Februar eine Demonstration in Budapest durchgeführt. Bereits nach einer Stunde wurde der Neonazi-Aufmarsch abgebrochen, da Antifaschisten die Demoroute erfolgreich blockierten.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
 Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.